



Österreichs Kampf gegen Menschenhandel: Experten fordern dringende Maßnahmen!

Die neuesten Berichte zur Bekämpfung von Menschenhandel in Österreich zeigen steigende Opferzahlen und dringenden Handlungsbedarf.

Österreich - Die Bekämpfung des Menschenhandels steht in den Fokus der Europäischen Union und Österreichs! Ein aktueller Bericht der EU-Kommission zeigt, dass die Zahl der registrierten Opfer in der EU von 7.155 im Jahr 2021 auf alarmierende 10.093 im Jahr 2022 gestiegen ist – ein Anstieg um 41 Prozent! Diese neue Statistik unterstreicht die Dringlichkeit, mit der die EU ihre Strategien anpassen muss, um effektiver gegen diese Krise vorzugehen. Besonders besorgniserregend ist, dass die Mehrheit der Opfer Drittstaatsangehörige sind, wobei die sexuelle Ausbeutung mit 49 Prozent die häufigste Form des Menschenhandels darstellt. Schockierend ist, dass 92 Prozent dieser Opfer Frauen sind, wie aus dem Bericht zur „Europäischen Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021–2025“ hervorgeht, der bereits im Juli 2024 durch eine überarbeitete Richtlinie ergänzt wird, die sich auf den Schutz von Kindern und die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung im Internet konzentriert.

Österreichs Maßnahmen gegen Menschenhandel

Parallel dazu hat Österreich Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels implementiert, die von Experten des Europarats, die das Land im Dezember 2023 besuchten, positiv

evaluiert wurden. Sie lobten die Berücksichtigung der GRETA-Empfehlungen und die Erhöhung der Fördergelder für zwei NGOs, die sich gegen Menschenhandel engagieren. Nichtsdestotrotz gibt es noch viel zu tun: Die Experten fordern unter anderem „proaktive Inspektionen“ in Risikosektoren für prekär beschäftigte migrantische Arbeiter und die Verbesserung des rechtlichen Schutzes für Pflegekräfte. Darüber hinaus wird bemängelt, dass viele Empfehlungen aus vorherigen Berichten nicht umgesetzt wurden, etwa die Einführung einer „Erholungs- und Reflexionsperiode“ für Opfer von Menschenhandel, bevor sie möglicherweise abgeschoben werden.

Die Herausforderungen sind enorm, und während die EU und Österreich sich für eine Intensivierung der Maßnahmen gegen Menschenhandel einsetzen, bleibt es kritisch, dass straffe Kontrollen und eine bessere Unterstützung der betroffenen Personen gewährleistet werden. Es bedarf weiterer Ressourcen und einer präventiven Vorgehensweise, um die Sicherheit und den Schutz der besonders verwundbaren Gruppen, wie Minderjährigen und migrantischen Arbeitskräften, zu erhöhen. In dieser heiklen Thematik muss die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Organisationen gestärkt werden, um Menschenhändlern endlich das Handwerk zu legen, wie **Kleine Zeitung** und die **EU-Kommission** berichten.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ort	Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at